

## **Umkämpfte Räume 2018 - In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!** **Mit Solidarity Cities für Bewegungsfreiheit und gleiche soziale Rechte für Alle!**

Dieses Positions- und Thesenpapier ist die erweiterte Fassung eines Textes, der im November 2017 zunächst für ein Treffen der Plattform für einen Transnationalen Sozialen Streik verfasst wurde. Mit Rückblick auf Erfahrungen der letzten Jahre fokussieren wir in diesem Papier auf einige grundlegende Ausgangspunkte für die antirassistische Linke, um anschließend zu versuchen, strategische Fragen und zentrale Herausforderungen der kommenden sozialen Auseinandersetzungen zu umreißen. Zugespitzt: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!“

Als Initiatoren dieses Textes, die in verschiedenen lokalen und transnationalen Netzwerken aktiv sind, wollen wir mit der folgenden erweiterten Version unseres Papiers Praxisfelder und Perspektiven insbesondere für den Ansatz der Solidarity Cities zur Diskussion stellen. Wir sehen in diesem Ansatz ein Potential eines umfassenden und übergreifenden sozialen Aktionsraums. Unsere Vorstellung ist, dass diese Vorlage nach Art eines Pads von vielen Seiten verändert und ergänzt wird. Vielleicht könnte aus dieser Diskussion schließlich ein Manifest der Solidarity City Initiativen entwickelt werden?

HK, EJ

### **I. Beyond 2015**

Blicken wir 10 Jahre zurück, sehen wir in Europa eine schier unglaubliche Zunahme der Kämpfe für Freedom of Movement und Soziale Rechte. Das wird von den Jüngeren\* unter uns häufig unterschätzt. Der Sommer der Migrationen, mit dem Höhenpunkt des #marchofhope im September 2015, markiert einen historischen Durchbruch, der das EU-Grenzregime fundamental in Frage gestellt hat. Dabei war die Entschiedenheit der Migrant\*innen der entscheidende Faktor. Aber auch die starke Unterstützung durch antirassistische Initiativen auf der Balkanroute und eine nie dagewesene „Willkommenskultur“ in den Ankunftsändern hatten einen gewichtigen Anteil am Langen Sommer des Jahres 2015.

In den heutigen Zeiten der Rückschläge und Deportationen und der Aufrüstung und Externalisierung der Grenzen ist es wichtig, diesen epochalen Ausgangspunkt der gegenwärtigen Situation präsent zu halten. Wir erleben seit 2015 Veränderungen, von denen wir vor 10 Jahren nicht einmal träumen konnten:

1. Die große Migrationsbewegung von 2015 stand mit der Arabischen Revolution im Zusammenhang – und das nicht nur aufgrund von Krieg und Vertreibung, sondern viel mehr aufgrund der sich zuvor verdichtenden sozialen Aufbrüche und Strömungen, die in die Arabische Revolution mündeten. Auch in Afrika gibt es

unzählige Momente des Aufbruchs. Trotz aller Widerstände und allem Elends transportieren die Migrant\*innen aus Westasien und Afrika einen Anspruch auf Teilhabe und elementare soziale Rechte. Nach wie vor kommen die Boat People über die zentrale Mittelmeerroute, über die Ägäis und wieder zunehmend über die Straße von Gibraltar. Das „Tor nach Europa“ wurde weit aufgestoßen.

Diese „wirkliche soziale Bewegung“ ist unser wichtigster Bezugspunkt. Wir versuchen, eine Perspektive zu finden, in der die sozialen Um- und Aufbrüche der Peripherie an zentraler Stelle stehen, auch in ihrer Präsenz und ihrem Wiederhall in Europa.

2. Für uns ist es deshalb von großer Bedeutung, ob und wie der große soziale Aufbruch, der Anspruch auf Teilhabe am globalen Reichtum auch in seinen Rückbezügen auf die sozialen Zusammenhänge in den Herkunftsregionen von den Migrant\*innen nach Europa transportiert wird – und wie sich die Entschiedenheit der Migrant\*innen hier in Europa reproduzieren und verlängern kann, allem sozialtechnischen Management und allen Integrationsmanövern und den Deportationen zum Trotz. Der Stellenwert migrantischer Communities wird deshalb in diesem Papier einen breiten Raum einnehmen.

3. Als wir im Sommer 2015 in der Ägäis und dann auf der Balkanroute unterwegs waren, war es neben der Zahl der Migrant\*innen vor allem die Zusammensetzung, die uns in einer nie zuvor erlebten Weise bewegt hat. Denn es waren unglaublich viele mehr Frauen als in den Jahren zuvor, wir trafen auf Kinder auf Schwangere – und auch auf Alte, auf Menschen, die im Rollstuhl saßen oder getragen wurden, auf Krebskranke im fortgeschrittenen Stadium ihrer Erkrankung. Es war kein Zufall, dass die Frauen und Kinder oftmals die Initiative ergriffen haben oder auch nach vorne geschickt wurden, denn das entsprach einer aus Syrien transportierten Erfahrung, dass die Hemmschwelle höher ist, Frauen und Kinder zu schlagen, sie mit Gasgranaten zu beschießen oder mit Gummigeschossen.

Woher es kam, dass sich in 2015 relativ plötzlich die Zusammensetzung geändert hat, mag verschiedene Ursachen haben: mit Sicherheit war eine der Ursachen die Zuspitzung des Krieges in Syrien und zugleich die Zuspitzungen im Irak. Ein wichtiger Faktor war sicher auch die extrem langsame und tendenziell immer schwieriger werdende Familienzusammenführung (was vor allem syrische Geflüchtete betraf). Zudem machten sich viele Familien (und das betraf nicht nur Syrer, sondern vielfach auch afghanische Familien) auf den Weg, die bereits lange Zeit im Exil gelebt hatten und die nun eine Chance sahen, ihre immer schlechter werdenden Lebensbedingungen zu verändern. Das geschah vor allem, als sich abzeichnete, dass der Weg einfacher und schneller zu bewältigen sein würde.

4. 30 Jahre „Flüchtlingspolitik“ und Antirassistische Arbeit waren nicht vergeblich. In der „Willkommenskultur“ kristallisieren sich auch die Früchte der vielfältigen und

beständigen Kämpfe, die wir in den Kontexten von *kein mensch ist illegal* und *No Border* mit angezettelt haben. Wir sind zwar zu schwach, Konjunkturen zu erzeugen, aber unsere schwache Saat hat doch zu den großen Ereignissen der letzten Jahre beigetragen.

Wenn wir in diesem Papier von „Politik“ sprechen, meinen wir nicht Parteienpolitik, sondern ein Communalizing (Verallgemeinerung und kommunale Bezüge) des realen Bezugs auf Migrant\*innen, ihre Ursprungsorte und auf die hiesige „Willkommenskultur“.

## **II. Roll Back und Repression**

Die Situation in den letzten 2 Jahren ist durch Rückschläge auf allen Ebenen geprägt: Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts und Kürzungen im Sozialrecht, Erstarken rassistischer Diskurse und entsprechender Parteien, Stärkung des Grenzregimes und der Repression, Illegalisierung und Kriminalisierung der Migrant\*innen, Externalisierung der Grenzen mit katastrophalen Auswirkungen in Nordafrika und der Sahelzone.

Teilen und Herrschen: Eine Polarität zwischen „Deportability“ und „Exploitability“ wird konstruiert. Die Mehrheit der Migrant\*innen wartet angespannt und vereinzelt auf die individuelle Entscheidung des Bundesamtes und der Gerichte. Sie wollen „Integration“, soweit diese soziale Rechte und überhaupt das Recht auf Rechte betrifft. Viele sind auch bereit, sich auf den billigen Segmenten des Arbeitsmarkts zu verkaufen, weil ihre Kinder es besser haben sollen. Indes werden zunehmend mehr Menschen überall in Europa in den informellen Arbeitsmarkt und in informelle, teure und schlechte Wohnverhältnisse gedrängt, wenn sie denn die Lager jemals verlassen können. Eine soziale Unterschichtung ist in den metropolitanen Gesellschaften voll im Gang. Die Antwort darf nicht eine Abwehrhaltung sein, sondern neue Antworten könnten aus gemeinsamen Kämpfen von unten her gefunden werden.

Insofern wäre es völlig verkürzt, sich ausschließlich auf den Widerstand gegen Neonazis und Rechtspopulisten zu fokussieren. Auch wenn dieser weiterhin notwendig ist. Wir brauchen positive Bestimmungen und Visionen, um die Menschen aus der „Willkommenskultur“ abzuholen und um die Migrant\*innen in ihrer beschissenen Lage zu ermutigen, sich in Communities selbst zu organisieren, ihre Rechte einzufordern und ihre Gefährt\*innen vor Deportationen zu schützen.

Statt antifaschistischer Stereotype brauchen wir eine konkrete Analyse der sozialtechnischen Maßnahmen, mit denen die Migrant\*innen in die Defensive gedrängt wurden:

- die Demütigungen schon auf der Route selbst, und die extremen Ängste und

Gefahren bei der Passage über das Mittelmeer,

- die erzwungene Vereinzelung bei der Unterbringung und die Unterbindung aller selbstorganisierten Modalitäten der Weiterreise und des Überlebens,
- die Behinderung des Familiennachzugs,
- die Rolle der „Asylrechtsreformen“,
- die latente Bedrohung mit Deportation und die Konstruktion der Polarität von Deportability und „Integration“,
- Schlechte Arbeit, schlechte Wohnungen, schlechte Bildung, beschränkte Gesundheitsversorgung,
- die „Integration“ selbst als fragwürdiges Leitziel und Anpassungszwang,
- die mediale Überblähung der „Silvesternacht“ 2015 und die Inszenierung eines Sicherheitsdiskurses – und so vieles mehr.

All dies ist kein „Faschismus“. Vielmehr sehen wir einen Prozess, in dem sich das Nationale als „Regime“ reorganisiert: Regime of Life, Regime of Mobility, Regime of Labor. Wir brauchen deshalb keinen neuerlichen Antifaschismus, sondern eine gute Analyse und andere dagegen gerichtete Konzepte.

### **III. Umkämpfte Räume und linke Bewegung**

Wir beziehen uns auf Alltagskämpfe und umkämpfte Räume, seit 30 Jahren und nach wie vor. Diese Räume reichen von Afghanistan und dem subsaharischen Afrika über Nordafrika und Westasien bis in die Innenstädte Europas. In Deutschland wurden Anfang 2017 mehr als 500 Tausend Abschiebungen projektiert, es blieb bei lediglich 25 Tausend Abschiebungen und doppelt so vielen „freiwilligen“ Ausreisen. Nur 5 Prozent der vorgesehenen Abschiebungen wurden durchgeführt - das spiegelt einen teils offenen, zumeist aber unterschwelligen und anhaltenden Widerstand. Noch immer kommen mehr als Tausend Menschen pro Monat über die Balkanroute in Deutschland an. In 2016 kamen mehr als 280 Tausend Migrant\*innen bis nach Deutschland, 2017 noch einmal 189 Tausend. Die Schließung der zentralen Mittelmeerroute indem libysche Milizen gekauft werden steht auf wackeligen Füßen. 120 Tausend Passagen über das zentrale Mittelmeer gab es 2017, dazu 30 Tausend Passagen über die Ägäis. Die Passagen über die Westmittelmeerroute nehmen wieder zu: 17 Tausend Ankünfte in Spanien. Es wäre fatal, jetzt in Resignation zu verfallen und diese anhaltende Soziale Bewegung vorschnell für tot zu erklären.

Das Pendant zu dieser zunehmend unterschwelligen Immigration ist der anhaltende Widerstand gegen die Dublin-Abschiebungen. Dass nur ein Bruchteil dieser Abschiebungen tatsächlich durchgeführt wird, hat seinen Grund in einer undurchdringlichen, widerständigen Gemengelage: Migrant\*innen sind außer Haus, bis die Fristen verstrichen sind, Kirchengemeinden bieten Asyl, Anwält\*innen und Refugee Law Clinics verstehen sich auf rechtliche Widersprüche, Gerichte urteilen wider jede Erwartung, Ämter sind überlastet, die Polizeibeamt\*innen sehen sich durch Menschenmengen in der Ausübung ihres Auftrags behindert... Auch dem Widerstand gegen die Einrichtung zentraler Abschiebeknäste kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu.

Viele Linke aller Couleur taten sich schwer, auf die große Migrationsbewegung von 2015 und ihre Folgen positiv zu reagieren. Zum einen fehlte häufig eine Einschätzung ihres Stellenwertes und eine wirkliche Anerkennung ihrer Autonomie, um sich nachhaltig auf die Migrationskämpfe und ihre Unterstützung einzulassen. Große Teile der radikaleren Linken stecken in kurzfristiger Kampagnenpolitik fest und schaffen es nicht, dem oftmals formulierten Anspruch nach „sozialer Verankerung“ auch entsprechende Taten folgen und Strukturen wachsen zu lassen, die über ihre Szene hinausgehen. Zum zweiten stand die Linke der „Willkommenskultur“ mindestens misstrauisch gegenüber. Zwar gab es gute Gründe, den Hype in 2015 zu hinterfragen. Doch statt kritisch solidarischer Interaktion wird die Abgrenzung zum bürgerlichen Spektrum zu sehr in den Vordergrund gestellt. In beide Richtungen bleibt der überwiegende Teil der radikalen Linken einer Identitätspolitik verhaftet, die viel zu sehr um „eigene Organisation“ kreist, statt sich in die Auseinandersetzungen in den Terrains des Sozialen zu begeben.

Bei anderen Teilen der Linken steht ein Begriff von „Arbeiterklasse“ im Hintergrund, der sich von seinen metropolitanen oder gar nationalen Bezügen nicht lösen kann. Dass diese Arbeiter\*innen-Klasse schon seit 50 Jahren multinational zusammengesetzt ist und dass es Migrant\*innen waren, die in den wichtigsten Kämpfen in der ersten Reihe standen, scheint manchmal schon vergessen. Von einem Proletariat des Südens zu reden verfehlt indes die konstitutiven Momente sozialer Bewegungen. Mit dem Rüstzeug einer „Klassenanalyse“ ist dem globalen Kapitalverhältnis nicht mehr beizukommen. Die digitale Formierung der metropolitanen Subjekte, die Smart Cities, die neuen Regimes über Leben, Mobilität und Arbeit und die Zerstörung der Überlebensressourcen der Unterschichten des Südens durch Hunger- und Klimakrisen, chronifizierte Kriege, Landgrabbing und extraktive Ökonomie andererseits erfordern andere Antworten.

Statt hier anzusetzen wird häufig ein kurzsichtiger Antifaschismus zum Ausweg erkoren. Man redet sich in Aporien und beklagt das Erstarken des

Rechtsextremismus und der Repression. All dies sind zwar Begleitumstände eines Krisenangriffs, die das Terrain des Sozialen mitbestimmen. Aber gemeinsam mit möglichst großen Teilen der Linken müssten wir versuchen, den positiven Gehalt linker Strömungen - ihre emanzipatorischen Inhalte, die Bezüge zum Egalitarismus und zur Inklusion, die Referenz auf ein „Unten“ und die Proklamation sozialer Rechte - aufzunehmen und auf die aktuell wirklichen sozialen Bewegungen und die „Willkommenskultur“ zu beziehen. Vielleicht wäre das der Beginn einer „Neuen Sozialen Bewegung“, die sich auf Soziale Rechte für Alle bezieht? In den Metropolen ist Radikalität nur noch im Bezug auf soziale Rechte aller Menschen und auf ihre sozialen Bewegungen (wozu die Migration gehört) überhaupt denkbar. Können wir den Bezug auf metropolitane „Klassen“ oder identitäre Selbstbezüge zu einem wirklichen Bezug auf Menschen, Familien, soziale Bewegungen transformieren oder begnügen wir uns vorläufig mit einem radikalen Humanismus? Und können wir schon allein dessen Impulse wirklich aufnehmen und umsetzen? Was sind „Escape Routes“ und was heißt „Living in the Cracks of Capitalism“ hier in der Metropole? Und welche anderen Konzepte gibt es, die wir in diesem Zusammenhang diskutieren sollten?

#### **IV. Neue Migrationsbewegungen in Europa**

Das Dublin-System hat eine Vielzahl sekundärer Migrationsprozesse und sekundärer sozialer Degradierungen ausgelöst, die sich mit „Dublin IV“ weiter verstärken könnten. Calais und Ventimiglia sind die Orte, die als erstes einfallen. Aber das ist nur die Spitze des Eisberges tausendfacher Migrationen. Dazu gehören ebenso Personen, die sich ihrer Abschiebung entzogen haben, Personen, die auf eigene Faust versuchen, ihre Familie oder eine Community zu finden, Familien, die nach der Dublin-Abschiebung im Erstaufnahmeland keine Unterkunft finden, zunehmend mehr Menschen aus Drittstaaten, die bereits einen Aufenthaltstitel haben, aber dennoch aus Arbeitsmarkt und Sozialsystem ausgeschlossen sind. Diese Schicht der Refugees in Limbo überschneidet sich mit den Migrant\*innen aus Südosteuropa, die in prekären Umständen hausen oder in prekären Arbeitsverhältnissen ihr Leben fristen und mit Migrant\*innen aus Osteuropa, die der Kälte in den Parks von Berlin trotzen.

Es wäre wichtig, diese „diffuse Migration“ (ffm) nach dem Prinzip einer No-Border-Recherche zu untersuchen und zugleich die Artikulationen unterschiedlicher Gruppen der Migrant\*innen aufzunehmen. All diese Menschen transportieren unterschiedliche Erfahrungen, Erwartungen, Mentalitäten; sie sind nicht „smart“ als für die Selbstverwertung optimiert, sondern eigensinnig und widerständig. Sie erfinden ihre „mobile commons“ und einen eigenen Gebrauch der digitalen

Vernetzung. Aus ihren Erfahrungen, vermischt mit aktualisierten Traditionen, können Dimensionen des Widerstands werden; der Bezug zu ihrer „moral economy“, aber auch zu Familie und Zusammenhalt-wird uns in unbekannte Dimensionen führen.

Bei alledem werden wir es mit durchaus unterschiedlichen Prägungen und Horizonten zu tun haben. Aus der Arabischen Revolution kommt die Forderung nach einem Leben in Würde und nach Perspektiven für die Kinder, aus Afrika der Versuch, in neuen Diaspora-Communities am globalen Reichtum irgendwie teil zu haben. Vielleicht ist die Suche nach einer Zukunft bei den Migrant\*innen aus dem Maghreb stärker durch „nicht-kollektive Akteure“ geprägt und die Migrant\*innen vom Balkan und aus Osteuropa fühlen sich von einem Lebensstil ausgeschlossen, den sie eigentlich längst für „normal“ halten. Aus all diesen unterschiedlichen Erfahrungen und Aspirationen entsteht in den Städten ein neuer kultureller und mentaler Mix, in dem sich neue Impulse, Konflikte und Lebensformen ausbilden. Es ist an uns, für diese neuen Dimensionen der sozialen Konfliktualität offen zu sein – und dabei nicht nur uns selbst zu öffnen, sondern auch die Orte und Möglichkeiten, in denen wir uns eingerichtet haben. In den metropolitanen Zwischenschichten – zu denen die meisten von uns gehören – wäre vielleicht ein Radikaler Humanismus, der sich mit kommunitären Konzepten verknüpft, die am leichtesten kommunizierbare Projektion. Das muss unserer Meinung nach-auch die wirklich grundlegende Idee von Solidarity Cities sein.

## **V. Neue Zusammensetzung**

Noch immer (Januar 2018) kommen in der Ägäis Boote an, in denen zur Mehrheit Kinder sitzen: Mit dem Alarm Phone haben wir in den vergangenen Monaten wenige Fälle in der Ägäis erlebt, in denen keine Kinder mit an Bord waren. Es gab keinen einzigen Fall in den vergangenen Monaten, bei dem es nur Männer waren, was vor 2015 sehr häufig der Fall war. Noch im November 2017 (also schon nach der vergleichsweise weniger riskanten Phase der Überfahrt im September/Okttober) kamen auf der Insel Lesbos 38% Männer, 22% Frauen und 40% (!) Kinder an. Eine Zusammensetzung, die seit 2015 leicht variiert, aber in der Tendenz so Bestand hat. Diese Änderung in der Zusammensetzung ist vor allem ein Phänomen auf den Ägäisrouten, doch wir erleben ähnliche Tendenzen, wenn auch quantitativ weniger stark ausgeprägt, im zentralen und westlichen Mittelmeer. Seit 2015 gelangen auch hier merklich mehr Frauen und Kinder über das Meer nach Europa. Dies können wir zum einen bei den Kontakten mit dem Alarm Phone an den Außengrenzen beobachten, aber auch in der lokalen Beratung hier in Deutschland. Hier hatten wir in 2017 so viele Frauen (v.a. aus Ostafrika) im Beratungscafé wie nie zuvor. Die

Mehrzahl von ihnen hatten die zentrale Mittelmeerroute passiert – die meisten in 2016 und 2017. Viele waren aber auch in den Jahren zuvor über das Mittelmeer gereist und in Deutschland erst nach gescheiterten Versuchen gelandet, in anderen europäischen Ländern Fuß zu fassen. Sie alle haben Gewalt erschreckenden Ausmaßes erlebt und viele sind losgegangen, obwohl sie wussten, wie gefährlich es werden würde. Frauen haben davon berichtet, dass ihnen andere Frauen vor der Reise geraten haben, sich eine Spirale einsetzen zu lassen, um Schwangerschaften aus Vergewaltigungen zu verhindern. Denn die Vergewaltigungen selbst seien unvermeidlich. Die zentrale Mittelmeerroute ist vermutlich diejenige mit dem höchsten Blutzoll der Frauen. Und doch sind sie angekommen. Selbst bei den tunesischen Harragas waren im Herbst 2017 zum ersten Mal auch junge Frauen und Familien mit auf den Booten.

40% der Menschen, die 2017 in Deutschland Antrag auf Asyl gestellt haben, sind Frauen und Mädchen. Ihr Anteil ist gegenüber 2016 um 5% angestiegen. 45% - also fast die Hälfte! - der Geflüchteten sind minderjährig. Was bedeuten diese Zahlen, was bedeuten die Stärke und Erfahrungen dieser Frauen und der hohe Anteil junger Migrant\*innen für die städtischen Subkulturen und für die Selbstorganisation in Communities? Und wie wird sich diese neue Situation in den Konzepten und Visionen für eine Solidarity City widerspiegeln?

## **VI. Communities**

Communities sind Orte des Widerstands gegen die Illegalisierung, aber sie können auch Orte extremer Ausbeutung und paternalistischer Strukturen sein. Sicherlich 90% der Menschen, die von Deportation bedroht sind oder denen der Bezug von Sozialgeldern gestrichen wurde, finden Unterschlupf in derartigen oft ethnisch geprägten Netzwerken. Die klassischen Illegalisierten – vor allem Visa-Overstayers und stille Immigrant\*innen, arbeiten zu allermeist in privaten Haushalten als Putzhilfen, Care-Worker\*innen oder Handwerker\*innen. Über die Bedeutung der Communities als Orte informeller Ausbeutung gibt es keine offiziellen Zahlen. Sie dürften aber, zum Beispiel in der Gastronomie, den Schwitzbuden der kleinen Textilfabrikation und in Subkontraktfirmen sehr hoch sein.

Communities sind zugleich Orte des Schutzes und des Austauschs und sie sind Netzwerke der Mobilität. Wenn wir über ein Netzwerk von Centers of Hospitality nachdenken oder über einen Austausch von Aktivist\*innen über die Grenzen hinweg, sollten wir uns erinnern, dass viele Communities über derartige, und zum Teil weltumspannende, Netzwerke längst verfügen. Verknüpfungen mit den Communities und Verknüpfungen der Communities untereinander gehören zu den wichtigsten Projekten in den Solidarity Cities und sind die Basis migrantischer



Selbstorganisation.

Wirkliche solidarische Perspektiven werden sich in den Städten allerdings nur dann entwickeln können, wenn die Communities ihre ethnischen Grenzen überwinden, sich aufeinander beziehen, voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Wir sind froh, dass sich in einigen Städten erste Komitees bilden, denen es nicht primär um ethnische Ansätze, sondern um migrantische Selbstorganisation über die ethnischen Grenzen hinaus geht. We'll Come United ist einer der Ansätze, bei denen unterschiedliche migrantische Gruppen, Unterstützer\*innen und vielleicht bald auch städtische Unterschichten, die gegen Wohnungsnot, Überausbeutung und soziale Kürzungen kämpfen, ein gemeinsames Forum finden.

## **VII. Migrantische Kämpfe, migrantische Arbeit**

Voraussichtlich wird Europa in den nächsten Jahren durch eine zunehmend mobile Schicht von informellen und illegalisierten Arbeiter\*innen geprägt sein. Zu der eben beschriebenen „diffusen Migration“ kommen die EU-gebürtigen Arbeitsmigrant\*innen aus Ost-, Südost- und Südeuropa hinzu, die ihre Ursprungsregionen auf der Suche nach Einkommen verlassen müssen. Zunehmend mehr Migrant\*innen aber werden in einer doppelten Prekarität leben, indem ihr Aufenthaltsrecht an einen Arbeitsplatz gebunden ist.

Mobilität ist aber nicht unbedingt eine Schwäche, sondern durch Mobilität zirkulieren Erfahrungen und Widerstandsformen, in den Städten, in den Communities, und auch auf den Arbeitsmärkten. Wir sollten uns an die Kämpfe der amerikanischen Wobblies oder an die russischen Bauernarbeiter\*innen der Revolutionszeit erinnern, um zu diskutieren, wie aus Mobilität Stärke bezogen werden kann. Kämpfe aus der Prekarität heraus können nur erfolgreich sein, wenn sie sich mit kommunalen Kämpfen vernetzen, wenn die Arbeiter\*innen in den Communities Schutz finden und wenn sie durch radikale Strukturen unterstützt werden.

Kontinuierliche Arbeit und ein langfristiges Engagement sind erforderlich, um Brücken in die und zwischen den Communities zu bauen und Visionen und Felder gemeinsamer Kämpfe zu entwickeln. „Undoing borders“ heißt, nicht nur die Grenzen zwischen Staaten oder Ethnien, sondern auch zwischen Individuen und in unseren Köpfen durch solche gemeinsamen Kämpfe zu überwinden: Kämpfe um freie Mobilität, ein erträgliches Einkommen, Wohnraum, Bildung und Gesundheit, „faire“ jobs. Das sind genau die Arbeitsfelder, in denen es in den Solidarity Cities geht. Im kommunalen Kontext begreifen wir diese Felder als „contested spaces“, in denen es bereits jetzt sehr konkrete Konflikte und Widerstandsformen gibt, an die wir anknüpfen wollen. Neue Wege der Solidarität müssen gefunden werden:

Aneignung von Commons, alternative Hausprojekte, alternative Bildungsprojekte, syndikalistische Selbstorganisation von Arbeiter\*innen in informellen Jobs und in kommunalen Zusammenhängen.

## VIII. Solidarische Städte

Zwischen den Städten entlang der Balkanroute, den Städten im Süden Europas und mehr noch den Städten rund um das Mittelmeer gibt es immense Unterschiede – aber es gibt auch Gemeinsamkeiten: die Wiederbelebung von Rassismen und die soziale Polarisierung, die sich im globalen Kapitalismus ausweitet auf der einen Seite und die Kämpfe um Selbstbestimmung, gegen die allgegenwärtige Kürzung der Sozialausgaben unter dem Washington Consensus und gegen die allgegenwärtige Landnahme und Vertreibung andererseits. In allen Städten gibt es ebenso Kämpfe um die Wiederaneignung sozialer Räume und den Aufbau solidarischer Zonen - und dies nur selten in der Form offener Feldschlachten und Rebellionen, sondern viel häufiger in unterschweligen Alltagskämpfen, in Formen des „Quiet Encroachment“ und in der Besetzung der „Cracks of Capitalism“.

Das Konzept der „Sanctuary Cities“ stammt aus Nordamerika, wo Migrant\*innen sich organisierten, um ein Right to Stay durchzusetzen (2006, A Day Without Us) und wo die Städte ihrerseits ihre illegalen Arbeitsmärkte schützen wollen – eine Überschneidung von Interessen, die als „Re-Scaling“ des politischen Terrains theoretisiert wurde. Dieser Begriff beschreibt die Stadt als Terrain von Partizipation und Interessenausgleich und die Aufweichung des Nationalen durch kommunale Selbstverwaltung und ein „Urban Citizenship“. Allerdings wurden die „Nachbarschaftsverhältnisse“ dieses Konzepts zum Konzept der „Smart Cities“, als digitales Regime des städtischen Lebens, noch zu wenig diskutiert.

No One Is Illegal Toronto hat dieses Modell auf die Füße gestellt: als Grassroots-Initiative mit Kampagnen gegen Abschiebungen und rassistische Polizeikontrollen, für den Zugang zu kommunalen Leistungen, sozialen Wohnraum und für „faire“ Löhne auf den illegalen Arbeitsmärkten. Solidarity Cities gründen sich nicht durch Beschlüsse eines Stadtrats, sondern durch beharrliche Praxis und Verteidigung solidarischer Räume. Wir denken, dass Solidarity Spaces und Solidarity Cities nicht nur ein Modell für den globalen Norden sind, und dass ein Netzwerk der Initiativen sich auf die Balkanroute rückwärts und rund um das Mittelmeer ausbreiten könnte. Die Charta von Palermo ist ohnehin einer unserer wichtigsten Bezugspunkte. Solch ein Netzwerk könnte zugleich ein Netzwerk der Migrationen und der Mobilität werden. Wir brauchen eine neue Ebene der Kommunikation zwischen den Städten, die sich von der Basis her entwickelt. Eines der ersten überregionalen Projekte könnte es sein, ein Netzwerk von „Centers of Hospitality“ zu organisieren, um der

zunehmenden Zahl der obdachlosen Migrant\*innen die ersten Lebensmittel zu sichern.

In Westeuropa muss sich das Konzept der Solidarischen Städte und der „Stadt für Alle“ zuerst auf den neuen Sozialen Mix beziehen, der aus der fortgesetzten Immigration und der gesteigerten Europäischen Binnenmigration resultiert. Jörg Alt, Michael Bommers und andere haben schon vor mehr als 10 Jahren die Probleme illegalisierter Migrant\*innen in Städten wie Leipzig und Köln analysiert. Wohnraum, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung für die Kinder und Jugendlichen sind die dringlichsten Probleme und damit sind auch wesentliche Felder der Arbeit von Solidarity-City-Initiativen benannt. Konkreter Schutz vor Deportation ist allerdings die Voraussetzung für alles Weitere, und wir haben gelernt, dass es vor allem die Communities der Migrant\*innen selbst sind, die diesen Schutz gewährleisten. Die Unterstützer\*innen aus der „Willkommenskultur“, der Zivilgesellschaft und aus der Antira-Bewegung spielen faktisch nur eine nachgeordnete Rolle. Insofern tun wir gut daran, zuerst über die Unterstützung der Communities nachzudenken, welche am Support illegalisierter Menschen den größten Anteil haben und welche durch die Entwicklungen der letzten Jahre stark unter Druck geraten sind.

Wenn es um die Bedürfnisse und Forderungen der Communities geht, dann wird sicherlich die Forderung nach Zugang zu Bildung (vor allem für die Kinder) einen weit höheren Stellenwert einnehmen als vor 2015. In fast allen Familien mit Kindern rangiert dieser Anspruch sehr weit oben, oft war er der wichtigste Grund für den Entschluss zur Migration. Zweifellos müsste auch der Gender-bias beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und auch zu psychologischer Versorgung mehr in den Blick genommen werden. Wie können Solidarity Cities auch die Bedürfnisse der Kinder in den Blick nehmen, die ein Recht auf gleiche Rechte und auch auf ihre je eigene Geschichte haben sollten?

## **IX. Arbeitsfelder in den Solidarity Cities**

Wir sehen für die Solidarity City Initiativen eine Reihe von Arbeitsfeldern, die nur in ihrem Zusammenwirken eine Öffnung und Humanisierung des städtischen Lebens bewirken können. Solidarity City ist kein kurzer Flash, sondern beruht auf einem langfristigen Engagement. Zu aller erst ist Solidarity City das, was bereits läuft, und meist schon gelaufen ist, bevor das Wort die Runde gemacht hat. Darauf beziehen wir uns mit unseren Initiativen – aber nicht als „Dachorganisation“, sondern mit den Versuchen, über gemeinsame Themen und Kampagnen konkrete Verbindungen zu knüpfen und konkrete Kämpfe zu unterstützen. Zu unseren Bezugspunkten gehören die Menschen, die in der „Willkommenskultur“ aktiv sind, migrantische Strukturen und Communities, befreundete Gruppen wie „Recht auf Stadt“, Antira-Initiativen,

Bleiberechts-Initiativen, Hausbesetzer\*innen, Akteur\*innen in Kämpfen gegen die Prekarität und viele andere.

In dieser konkreten Zusammenarbeit werden wir auf eine Reihe von Schwierigkeiten und Ambivalenzen treffen – sowohl, was die ethnische Selbstdefinition migrantischer Gruppen betrifft, als auch paternalistische, zum Teil sogar rassistische Artikulationen bei Menschen in der Willkommenskultur. Dennoch wäre es falsch, hier von vornherein die Ausgrenzungen solcher Menschen zu betreiben, statt auf guten Willen, gemeinsame Erfahrungen und Lernprozesse zu setzen. Die Formulierung von „Solidarity City Demands“ könnte ein Weg sein, um einen Minimalkonsens zu finden, in dem es um Inklusion, gleiche Rechte für Alle und einen radikalen Humanismus geht.

Wir denken nicht, dass Verhandlungen mit Politik und Verwaltung in der Stadt an erster Stelle stehen, obwohl wir auf dem Weg zum „Urban Citizenship“ und zur „Stadt für Alle“ sicherlich eine Reihe von Kontakten aufbauen und in einen Austausch treten. Es lohnt sich, sympathisierende Kontaktpersonen kennen zu lernen, den Kontakt zu halten und deutlich zu machen, dass wir für und nicht gegen die Stadt arbeiten – für eine bessere Stadt. Indes müssen wir uns davor hüten, als Grenzträger\*innen der Verwaltung aufzutreten oder uns als buntes Alibi missbrauchen zu lassen. Das inhaltliche Verhältnis zu Politik und Verwaltung wird sich in konkreten Initiativen und Kampagnen entwickeln.

Von kein mensch ist illegal Toronto können wir lernen, dass Solidarity City nicht Vision oder eine Summe von Visionen ist, sondern ein materieller Prozess, in dem sich Durchsetzungsformen in Kampagnen entwickeln, Forderungen konkretisieren und Mentalitäten erneuern. Das Wichtigste ist, ein Klima zu schaffen, in dem Kooperationsformen und konkrete Prozesse möglich werden und sich Visionen entfalten können.

Die Aktionsfelder der Solidarity City Initiativen folgen den elementaren Bedürfnissen der Ausgegrenzten, der städtischen Unterschichten und der illegalisierten Migrant\*innen, und damit den Bedürfnissen aller Menschen in der Stadt. Deshalb stehen Wohnraum, Schule und Bildung, Arbeit und Einkommen, Gesundheit, Transport, Selbstorganisation und kulturelle Orte im Mittelpunkt. No Deportations ist die Voraussetzung für alles Weitere. Deshalb stehen in mehreren Städten Kampagnen gegen Abschiebung und für ein Bürger\*innenasyl am Anfang, um Kräfte zu sammeln und Kontakte zu knüpfen.

## **X. Ausblick 2018**

In den letzten 20 Jahren und nochmal in Schüben 2013 und vor allem 2015 haben

sich transnationale Netzwerke herausgebildet, die entlang der gesamten Routen und in verschiedenen Feldern des Kampfes um Bewegungsfreiheit und für gleiche Rechte Unterstützung anbieten, „Empowerment“ betreiben, Basis- und Selbstorganisation stark machen. Natürlich gab und gibt es Rückschläge, die Zahl der Aktivist\*innen ist nicht sehr groß und viele arbeiten ständig am Limit. Doch überall bewegt sich was und es entsteht ein eigensinniges und bisweilen unüberschaubares Geflecht von Initiativen, mit der Hartnäckigkeit der Flucht- und Migrationsbewegungen als Motor.

Welcome to Europe und WatchTheMed Alarm Phone, Balkanroutenvernetzung und Transnationaler Sozialer Streik, Recht auf Stadt und neuer Munizipalismus: diese Plattformen und Netzwerke stehen exemplarisch für gewachsene Strukturen, auf die sich der Ansatz der Solidarity Cities beziehen und in und zwischen diesen er sich produktiv bewegen soll. Als ein schwarz-roter Faden der Solidarität mit den obengenannten Praxisfeldern und mit dem Ziel der verstärkten gegenseitigen Verknüpfung.

We`ll Come United bietet - zunächst eingeschränkt auf Deutschland - im Konzept der Sichtbarmachung der Alltagskämpfe und Trans-Community-Mobilisierung einen praktisch orientierten Bewegungsraum, in dem sich Solidarity City Initiativen aller Art gleichzeitig entfalten und neue Impulse (zurück)geben können.

„In Welcher Gesellschaft wollen wir leben?!“ - Nicht zuletzt sehen wir im Ansatz der Solidarity Cities das Potential, zu einer neuen Erzählung emanzipatorischer Bewegungen beizutragen. Zu einer konkreten Vision, die von vielfältigen und miteinander verbundenen Alltagskämpfen ausgeht und die sowohl der neoliberalen Austeritätspolitik wie auch dem Rechtspopulismus, aber auch der Modernisierung der Regimes, gesellschaftliche Alternativen entgegenstellt.